



Presseschau vom 03.02.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

lug-info.com: Die in Rom gegründete Antifaschistische Freundschaftsgesellschaft Italien – Donbass wird die Freundschaft zwischen Italien und der LVR stärken.

Dies erklärte heute bei einer Videokonferenz mit italienischen Aktivisten aus Anlass der Gründung der Vereinigung der Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation der LVR der Abgeordnete des Volkssowjets der LVR Oleg Akimow.

Gründer der Gesellschaft sind italienische Aktivisten, die seit 2014 aktiv am Projekt „Antifaschistische Karawane“ beteiligt sind, die die Leistung von humanitärer Hilfe an den Donbass betreibt. Insbesondere gaben die Musiker der italienischen Gruppe Banda Bassotti eine Reihe von Konzerten in Städten und Bezirken der LVR.

Die Antifaschistische Freundschaftsgesellschaft Italien – Donbass wurde gegründet, um eine breite Öffentlichkeit über den Kampf der Einwohner der Region gegen die ukrainische Aggression zu informieren, die Ideen der russischen Welt in den Ländern des europäischen Kontinents bekannt zu machen und sie wurde heute in Rom vorgestellt.

„Wir möchten uns sehr für die Möglichkeit der heutigen Unterhaltung mit Ihnen bedanken. Dank Ihrer Initiative stärken wir die Brücke der Freundschaft zum anscheinend so weiten aber eigentlich so nahen Italien“, sagte Akimow.

Er unterstrich, dass diese Initiative „tatsächlich sehr wichtig für das Volk des Donbass ist, für alle Einwohner, weil unsere Menschen dank Ihnen begreifen, dass sie nicht allein sind und es Unterstützer des Donbass auf der ganzen Welt gibt, die daran interessiert sind, die Wahrheit zu verbreiten“.

Akimow versicherte, dass die Regierung und gesellschaftliche Aktivisten der LVR die Initiativen der antifaschistischen Organisation allseitig unterstützen werden und lud die italienischen Aktivisten ein, die Republik zu den Maifeiertagen zu besuchen.

„Heute sehen wir, dass sich in Europa eine immer größere Zahl von Vertretern von Gewerkschaften und gesellschaftlichen Organisationen mit uns in Verbindung setzen. Und für uns ist das sehr bedeutsam und wichtig, denn wenn gesellschaftliche Aktivisten, d.h. Menschen aus dem Volk, sich für die Ereignisse im Donbass interessieren, heißt das eine immer größere Zahl von Menschen in Europa die Wahrheit darüber wissen wollen, was hier geschieht“, sagte der an der Videokonferenz beteiligt stellvertretende Kommunikationsminister der LVR Jurij Perschikow.

„Solche Kontakte sind ein bestimmtes Moment für unsere Anerkennung in der internationalen Arena und die Fortsetzung der Stärkung all dieser Verbindungen, die wir bereits haben. Im Zusammenhang damit will ich unseren italienischen Aktivisten und Abgeordneten dafür danken. Denn je mehr wir uns unterhalten, desto mehr werden wir gemeinsam die Informationsblockade durchbrechen, desto schneller werden wir zusammen gehört werden. Und das ist ein Weg zur Anerkennung der Republiken des Donbass“, meinte er.

Das Mitglied des Präsidiums der Gewerkschaftsföderation der LVR Andrej Kotschetow dankte den italienischen Aktivisten für die Arbeit zur Information über die Situation im Donbass und für die Verteidigung der Interessen der Republiken in der internationalen Arena.

„Die Schaffung dieser neuen Organisation ist wie ein Schritt voran in unserem gemeinsamen Kampf. Das heißt wir bleiben nicht stehen und legen die Hände in den Schoß, wir bewegen uns nach wie vor voran und sind von unserer Wahrheit überzeugt“, sagte der Gewerkschafter.

Die Abgeordnete des EU-Parlaments aus Italien Elena Forenza erklärte, dass sie auch weiterhin versuchen wird, die internationale Anerkennung der Republiken zu erreichen.

„Mein Weg der Solidarität mit dem Volk des Donbass begann mit der „Antifaschistischen Karawane“. Wir haben, wie Sie wissen, versucht im EU-Parlament auch Ihren Kampf vorzustellen und wollten allen sagen, das hier ein Verbrecher Poroschenkos geschieht, wir haben eine Petition zur Anerkennung der Republiken des Donbass in der Parlament eingebracht. Ich will diesen Kampf fortsetzen, ich werde aktiv in der Gesellschaft mitarbeiten und diese Initiative weiter vertreten“, unterstrich die Abgeordnete.

de.sputniknews.com: **US-Koalition fliegt Luftangriff auf syrische Armee**

Immer wieder fliegt die US-geführte Koalition Luftangriffe in Syrien, meistens auf Stellungen verschiedener Milizen. Wie die Nachrichtenagentur RIA Nowosti mit Verweis auf eine Quelle in der syrischen Armee berichtet, hat ein Luftangriff der Koalition in der Nacht zum Sonntag nun aber Stellungen der syrischen Armee getroffen.

Der Meldung zufolge haben Kampffjets der Koalition in der Nacht zum Sonntag eine Artilleriestellung der syrischen Armee unter Beschuss genommen und sie zerstört.

Der Angriff habe sich westlich der Stadt Abu Kamal ereignet.

Dabei sollen mindestens zwei syrische Soldaten verletzt worden sein.

„Gegen 23:30 Uhr Ortszeit hat die Luftwaffe der internationalen Koalition einen Luftangriff gegen die Artillerie unserer Truppen im Gebiet al-Sukkari westlich von Abu Kamal gestartet“, zitiert die Nachrichtenagentur die syrische Militärquelle.

Ein ähnlicher Vorfall hatte sich das letzte Mal im Juni vergangenen Jahres ereignet.

Nach Angaben der syrischen staatlichen Nachrichtenagentur Sana hatte die Luftwaffe der internationalen Koalition damals syrische Armeepositionen in der Provinz Deir ez-Zor in der Siedlung Al-Hari bombardiert. Es habe Tote und Verwundete unter den Soldaten der Regierungstruppen gegeben.

Das US-Verteidigungsministerium hatte die Vorwürfe damals abgestritten.

vormittags:

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen dreimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Wesjologorowka und Logwinowo**. Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 02. Februar 3:00 Uhr bis 03. Februar 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 17.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Jasinowataja, Krutaja Balka, Spartak, Donezk (Volvo-Zentrum), Staromichajlowka, Nabereshnoje, Leninskoje, Kominternowo, Sachanka**.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 186.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 55.

Ab 01:01 Uhr am 29. Dezember 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung im Zusammenhang mit den Neujahrs- und Weihnachtsfeiertagen in Kraft.

de.sputniknews.com: US-Koalition soll syrische Armee angegriffen haben – Verletzte gemeldet

Die von den USA angeführte Militärkoalition in Syrien soll am späten Samstagabend Stellungen der Regierungsarmee bombardiert und mindestens zwei Soldaten verletzt haben. Dies meldet die amtliche Nachrichtenagentur Sana.

Der Angriff sei im Osten des Landes geflogen worden, es gebe zwei Verletzte, meldete Sana. Zudem sei ein Geschütz zerstört worden.

Ein Sprecher der syrischen Armee bestätigte im Gespräch mit Sputnik den Ablauf.

„Die Koalition hat gegen 23:30 Uhr (23:30 MEZ) ein Artilleriegeschütz unserer Truppen im Raum as-Sukkaria westlich von Abu Kamal aus der Luft angegriffen“, sagte der Sprecher.

„Dabei wurden das Geschütz zerstört und zwei Soldaten verletzt.“

Abu Kamal liegt am Euphrat an der Grenze zum Irak. Laut Sana haben Kämpfer der Terrormiliz Daesh (auch Islamischer Staat, IS) gleich nach dem Bombardement der Koalition die Stellungen der Regierungsarmee nahe der in der Region liegenden Ortschaft Bagus angegriffen.

Wpered.su: **Die Kommunisten des Petrowskij-Bezirks übergaben einem Kampfgenossen ein Lebensmittelpaket**

Die erste Sekretärin der Petrowskij-Bezirksorganisation der KP der DVR Nelli Taraban und der Leiter der Union sowjetischer Offiziere der DVR im Petrowskij-Bezirk Andrej Wjatkin besuchten den Kampfgenossen Andrej Notarow. Sie übergaben ihm ein Lebensmittelpaket, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Andrej Notarow stammt aus Krasnogorowka, das sich derzeit unter der Kontrolle Kiews befindet. Er trat bereits 2014 in die Reihen der Miliz ein. Er wurde schwer verletzt, er verlor die Augen. Dennoch ist er nicht verzweifelt und betreibt aktiv gesellschaftliche Arbeit.

de.sputniknews.com: **Ukrainischer Innenminister verspricht: Keine Maidan-Revolte mehr**

Die Rechtsschutzbehörden der Ukraine werden laut Innenminister Arsen Awakow nicht zulassen, dass es bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen zu einem neuen „Maidan“ kommt, sagte er der ukrainischen Internetzeitung „Lewy bereg“.

Die Kandidaten müssen sich ihm zufolge dessen bewusst sein, dass sie in ihrem erbitterten Kampf die Staatlichkeit nicht torpedieren dürfen.

„Man sagt zu mir, wenn (der jetzige Präsident Petro) Poroschenko und (die Leiterin der Partei „Batkischtschina“ Julia) Timoschenko ins Finale kommen sollten, wobei Poroschenko siegt, wird Timoschenko einen Maidan anstiften. Und umgekehrt: Sollte Timoschenko gewinnen, wird Poroschenko Menschen auf die Straße gehen lassen“, so Awakow. Ihm zufolge wird der ukrainische Staat bei einem dieser Szenarien in ein großes Risiko laufen.

Awakow betonte, seine Funktion als Innenminister bestehe darin, bei den Wahlen keine Systemdelikte zuzulassen, die Proteste auslösen könnten. Wenn ein Wähler überzeugt sei, dass dem von ihm unterstützten Kandidaten der Sieg „weggenommen“ worden sei, werde er sich höchstwahrscheinlich einer Protestaktion anschließen, so der Minister.

Laut Awakow können rechte oder linke Radikale ‚oder Idioten schlechthin‘ oder aber von jemandem gedungene Personen an Protesten teilnehmen. Der Minister ist sich sicher, dass es bei den Wahlen viele „gedungene Radikale“ geben werde.

Awakow bemerkte zugleich, dass die Nationale Polizei und die Nationalgarde genug Kräfte hätten, um die Handlungen von radikalen Personen zu unterbinden.

Der Minister versprach, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, „damit die Wahlen transparent und fair verlaufen“.

Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine sind für den 31. März geplant. Die Wahlkampagne begann am 31. Dezember. Nach neuesten Angaben hat die Zentrale Wahlkommission bereits mehr als 20 Kandidaten registriert.

Am 21. November 2013 versammelten sich Tausende Anhänger der europäischen Integration auf dem zentralen Platz der ukrainischen Hauptstadt Kiew, dem Maidan Nesaleschnosti (Unabhängigkeitsplatz). Kurz davor hatte die Regierung Nikolai Asarow erklärt, dass die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine ausgesetzt worden sei. Später wurde der Unabhängigkeitsplatz zum Epizentrum von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Radikalen. Die Proteste gipfelten in einem Staatsstreich.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32381/81/323818127.jpg>

Wpered.su: Eine antifaschistische Freundschaftsgesellschaft „Italien – Donbass“ wurde gegründet

Am 2. Februar fand eine Skype-Konferenz zwischen Aktivisten der Solidaritätsbewegung mit dem Donbass in Italien, einschließlich Musikern von Banda Bassotti und einer Abgeordneten des EU-Parlaments, und offiziellen Vertretern der LVR statt. Im Ergebnis wurde eine antifaschistische Freundschaftsgesellschaft „Italien – Donbass“ gegründet, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2019/02/FB_IMG_1549177086041.jpg

nachmittags:

de.sputniknews.com: Konflikt mit Europarat: Russland fordert gezahlte Beiträge in Millionenhöhe zurück

Russland darf seit fast fünf Jahren im Europarat nicht mehr mitstimmen, hat jedoch die Mitgliedsbeiträge jahrelang danach noch in vollem Umfang gezahlt. Nun fordert Parlamentschef Wjatscheslaw Wolodin die Gelder in dreistelliger Millionenhöhe zurück. Wie Sputnik aus Straßburg erfuhr, hat dieses Begehren jedoch kaum Chancen. Wjatscheslaw Wolodin, Vorsitzender der Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus), hat

die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) unmissverständlich aufgefordert, Russland rund zehn Milliarden Rubel (knapp 133,3 Mio. Euro) zurückzuerstatten. Es handelt sich um die gezahlten Mitgliedsbeiträge aus jenen Jahren, wo Russland dort nicht mitwirken durfte.

„Es wäre wünschenswert, dass uns die Parlamentarische Versammlung (des Europarates – Anm. d. Red.) diese Mittel zurückzahlt, immerhin ist es eine große Summe“, sagte Wolodin am Freitag im russischen Fernsehen auf die Beziehungen mit dem Europarat angesprochen.

„Denn uns wurde die Möglichkeit einer Teilnahme genommen – und zwar nicht auf unser Verschulden hin, sondern aufgrund ihrer Entscheidung (der PACE – Anm. d. Red.).“ Dem fügte der Parlamentschef hinzu, dass der russischen Delegation im Jahr 2014 das Stimmrecht entzogen worden sei und die Russische Föderation nicht an der Arbeit der PACE teilgenommen habe, das gelte auch für die Jahre 2015 und 2016, eben weil der russischen Delegation das Stimmrecht abgesprochen worden sei.

Laut dem Staatsduma-Vorsitzenden hat Russland in den Jahren von 2014 bis 2016 seine Beiträge an die PACE entrichtet, und dann im Jahr 2017 ein Drittel der Beitragssumme gezahlt.

„Das sind etwa zehn Milliarden Rubel, eine große Summe. Und natürlich brauchen wir sie, das Land braucht das Geld für die Lösung der Fragen, mit denen die Bürger konfrontiert sind. Wir wollen Verhandlungen aufnehmen, damit man uns Gehör schenkt, und dieses Thema ansprechen“, betonte Wolodin.

Wie Sputnik aus dem Europarat erfuhr, kann ein Land, das dieser Organisation angehört, nicht im Nachhinein seine Verpflichtungen anfechten. „Die Zahlung des Beitrags in voller Höhe an den Etat ist die juristische Pflicht eines Mitgliedslandes des Europarats. Solange Russland ein Ratsmitglied ist, muss es alles zahlen, was berechnet ist, entsprechend dem Etat, den alle 47 Länder der Organisation gebilligt haben“, sagte einer Sprecher in Straßburg.

Der Europarat hatte in der Ukraine-Krise 2014 Russland das Stimmrecht entzogen und russische Abgeordnete aus Führungsgremien der Versammlung und aus Beobachtermissionen des Europarats suspendiert. Russland wertet das als einen klaren Verstoß nicht nur gegen die Grundsätze der PACE, sondern auch gegen das völkerrechtliche Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 03.02.2019

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **17-mal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von zehn Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer der 58. Panzergrenadierbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Drapatyj das Gebiet der **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 28. und 93. mechanisierten Brigade und der 57. Panzergrenadierbrigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Martschenko, Klotschkow und Mischantschuk aus die Gebiete von **Spartak, Krutaja Balka, Jasinowataja, Staromichajlowka** und das **Gelände des Flughafens von Donezk** mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbriade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch die Gebiete von **Leninskoje, Kominternowo, Sachanka** und **Nabereshnoje** mit 120mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Nach genaueren Informationen wurden im Ergebnis des Beschusses von Staromichajlowka am Abend des 1. Februar durch Kämpfer aus der 28. mechanisierten Brigade unter

Kommando des Kriegsverbrechers Martschenko neun Wohnhäuser beschädigt. Die ukrainischen Kämpfer sind wahllos über alle Häuser in zwei Straßen der genannten Ortschaften „hinweggestrichen“.

Die höchsten militärischen Ränge sind äußerst uninteressiert an einem Wechsel des Präsidenten des Landes. Im Fall einer Absetzung Poroschenkos kann es sich erweisen, dass sie ohne Schutz bleiben und sich für ihre Verbrechen vor dem Volk verantworten müssen. Im Zusammenhang damit haben Poltorak und Mushenko mit der Ausführung eines Maßnahmekomplexes zur Gewährleistung des Wahlkampfes Poroschenkos begonnen. In alle Truppenteile wurden entsprechende Anweisungen zur Durchführung von Agitation für den derzeitigen Präsidenten begonnen.

Mushenko hat die Durchführung der Agitationskampagne für Poroschenko unter persönliche Kontrolle genommen. In die Verbände und Truppenteile wurde eine Menge Arbeitsgruppen geschickt, deren Aufgabe es ist, den Sieg des derzeitigen Präsidenten bei den Wahlen zu gewährleisten. In der Zone der Operation der Besatzungskräfte ist die stärkste „Truppe“ von Agitatoren unter Leitung des Kommandeurs der Bodentruppen Generaloberst Popko eingetroffen. Inzwischen hat diese Gruppe die 30. mechanisierte und die 58. Panzergrenadierbrigade bearbeitet.

Alle Brigadekommandeure und ihre Stellvertreter haben die Aufgabe, nicht nur Poroschenko an die Spitze zu bringen, sondern dies mit einem maximalen Abstand vor den anderen Kandidaten zu tun, um eine angeblich vorhandene Unterstützung des von der derzeitigen Regierung gewählten Kurses durch die Armee zu demonstrieren. Im Fall einer Niederlage Poroschenkos droht das Kommando der Besatzungskräfte die schuldigen Kommandeure trotz aller bisherigen Verdienste ihrer Ämter zu entheben.

So sind die Kommandeure in eine schwierige Situation gebracht worden, weil ihnen das negative Rating Poroschenkos unter ihren Untergebenen gut bekannt ist. **Im ukrainischen Generalstab wird eine Schema für die Fälschung der Wahlergebnisse erarbeitet.** In der Armee wird dieses Schema am einfachsten zu realisieren sein, weil das Kommando der Truppenteile alle persönlichen Daten der Untergebenen für eine „richtige Stimmabgabe“ in der Hand hat.

de.sputniknews.com: **Frankreich nennt Option für Anerkennung von Guaidó als Venezuelas Staatschef**

Die Chefin des Ministeriums für europäische Angelegenheiten Frankreichs, Nathalie Loiseau, hat am Sonntag die Bedingung für die Anerkennung des selbsterklärten Interimsstaatschefs Venezuelas, Juan Guaidó, als legitimen Präsidenten bekannt gegeben.

„Die Wahlen von Nicolás Maduro waren eine Farce. Sollte er bis zum heutigen Sonntagabend nicht die Verpflichtung übernehmen, Neuwahlen zu organisieren, werden wir Herrn Guaidó als legitimen Präsidenten anerkennen“, zitierte die Zeitung „Le Figaro“ die Ministerin. Am 23. Januar hatte sich der Präsident der entmachteten Nationalversammlung von Venezuela (Asamblea Nacional), Juan Guaidó, während der Proteste zum Übergangspräsidenten des Landes erklärt.

Die USA und einige lateinamerikanische Staaten erkannten Guaidó umgehend als Interimsstaatschef an. Russland, China, die Türkei und weitere Staaten bekundeten dagegen Solidarität mit Maduro, der seinen Rücktritt ablehnte und von einem aus den USA choreographierten Putsch-Versuch sprach.

de.sputniknews.com: **Trump: USA erwägen Militärintervention in Venezuela**

Die Vereinigten Staaten unterstützen massiv die Proteste in Venezuela. Laut US-Präsident Donald Trump ist auch eine militärische Operation möglich.

Wie Trump in einem Interview gegenüber dem US-Sender CBS erklärte, ist für ihn das

Entsenden von US-Soldaten nach Venezuela durchaus „eine der Optionen“.

„Ich will nicht darüber sprechen. Aber natürlich ist das möglich. Dies ist eine der Optionen“, so Trump auf die Frage eines Journalisten, ob US-Soldaten nach Venezuela geschickt werden könnten.

Zudem habe der Präsident von Venezuela, Nicolas Maduro, bereits vor mehreren Monaten um ein Treffen mit ihm gebeten. Er habe das Treffen jedoch abgelehnt, so der US-Präsident.

„Er bat um ein Treffen, aber ich lehnte es ab, weil wir in diesem Prozess weit gegangen sind. Es gibt dort einen jungen und energischen Mann, aber auch andere Menschen in derselben Gruppe“, erläuterte Trump weiter.

Mit dem „jungen und energischen Mann“ meinte der US-Präsident offenbar den Oppositionsführer Juan Guaidó.

Dieser hatte sich selbst am 23. Januar zum Übergangspräsidenten des Landes erklärt.

Die USA und einige lateinamerikanische Staaten erkannten Guaidó umgehend als Interimsstaatschef an.

Russland, China, die Türkei und weitere Staaten bekundeten dagegen Solidarität mit Maduro, der seinen Rücktritt ablehnte und von einem aus den USA choreographierten Putsch-Versuch sprach.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32364/66/323646642.jpg>

de.sputniknews.com: **Raketenbau: Teheran bereit zu „strategischem Sprung“**

Laut dem stellvertretenden Befehlshaber des iranischen Korps der Islamischen Revolutionswächter, Hossein Salami, ist Teheran bereit, einen „strategischen Sprung“ auf dem Gebiet der Raketenwaffen vorzunehmen, sollte es von anderen Staaten unter Druck gesetzt werden.

„Wenn die Europäer und andere die Raketenabrüstung der Islamischen Republik Iran durch eine Verschwörung fortsetzen wollen, werden wir keine andere Wahl haben, als zu einem strategischen Sprung zu greifen“, zitierte der Fernsehsender Press TV den Militär.

Für die iranische Seite gebe es keine technischen Schranken bei der Steigerung der Reichweite und der Zerstörungskraft ihrer Raketen, doch Teheran betreibe eine Politik der Wahrung eines gewissen Limits der Reichweite von Raketen und gehe dabei von der eigenen Verteidigungsstrategie aus, so Salami.

Die Reichweite und die Leistungskraft iranischer Raketen könnten vergrößert werden, wenn andere Staaten beschließen sollten, den Iran unter Druck zu setzen und ihn so zur Vernichtung des eigenen Langstreckenraketen-Arsenals zu zwingen.

Im Iran war zuvor ein neuer Marschflugkörper vom Typ Hoveyzeh präsentiert worden. Diese Boden-Boden-Rakete zeichne sich durch „eine hohe Effektivität“ aus und könne im

Schnellverfahren auf den Start vorbereitet werden, hieß es.

mil-lnr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **dreimal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Auf Befehl des Kommandeurs der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, des Verbrechers Majstrenko, wurde das Gebiet von **Kalinowo** mit 82mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen beschossen.

Auf Befehl des Kommandeurs der 30. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte des Kriegsverbrechers Garas wurden die Gebiete von **Wesjologorowka** und **Logwinowo** mit Mörsern und Schützenpanzerwaffen beschossen.

Insgesamt wurden mehr als 10 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte haben in Verletzung der Minsker Vereinbarungen die **Luftaufklärung mit Drohnen** aktiviert.

So wurde der Flug einer Drohne der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Stschastje, Trjochisbjenka und Solotoje bemerkt.

Es gibt weitere Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte.

Nach Informationen von unseren Quellen verließ der Soldat der 25. Brigade Fähnrich Kowaltschuk in betrunkenem Zustand eigenmächtig den Dienort und ging zum Angeln an den See Simownoje im Gebiet von Stschastje.

Nach Worten von Augenzeugen geriet der „betrunkene Soldat“ unter das Eis. Als Rentnerinnen dies sahen, schätzten sie ihre Kräfte adäquat ein und riskierten es nicht, selbständig den Besatzer zu retten. Die alten Frauen riefen Rettungskräfte, die nach einer Stunde am Ort des Geschehens eintrafen. Nach kurzer Suche gaben die Rettungskräfte die Versuche auf, die Leiche des Soldaten zu finden und das Kommando der 25. Brigade gab den Kämpfer als vermisst an.

Dies Volksmiliz der LVR hält die Minsker Vereinbarungen und ihre Verpflichtungen zur friedlichen Regelung des Konflikts streng ein. Dennoch behalten wir uns im Fall einer militärischen Aggression von Seiten des Gegners das Recht vor, operativ mit Gegenmaßnahmen zu reagieren und eine adäquate Antwort geben.

de.sputniknews.com: **Vorschlag aus Bundestag: Russische Raketen sollen weg, US-Raketen dürfen bleiben**

Im Streit um nukleare Mittelstreckensysteme haben zwei führende deutsche Außenpolitiker aus Union und SPD einen Vorschlag unterbreitet, der nach ihrer Einschätzung Amerika und Russland wieder an den Verhandlungstisch bringen und die Gefahr eines nuklearen Wettrüstens in Europa bannen könnte.

Nach dem angekündigten US-Rückzug vom Abrüstungsvertrag INF haben der CDU-Parlamentarier Roderich Kiesewetter und der SPD-Abgeordnete Rolf Mützenich laut einem Zeitungsbericht Russland dazu aufgefordert, seine neuen Marschflugkörper vom Typ 9M729 (SSC-8), an dem USA und Nato Anstoß nehmen, so weit nach Osten zu verlegen, dass sie Europa nicht mehr erreichen könnten – auf die andere Seite des Urals.

Diesen Vorschlag formulierten beide Politiker unabhängig voneinander im Gespräch mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Im Gegenzug sollten die USA, so die Anregung der Bundestagsabgeordneten, ihre in Rumänien stationierten Raketen, die nach russischen Angaben ebenfalls gegen den INF-Vertrag verstoßen, nicht abziehen, sondern lediglich „von Russland inspizieren lassen“.

Die 9M729 hat nach Einschätzung der USA und der Nato eine Reichweite, die das im INF-Vertrag niedergelegte Verbot nuklearer Mittelstreckenwaffen (500 bis 5500 Kilometer) verletzt. Nach russischen Angaben liegt die Reichweite dieses Marschflugkörpers mit rund 480 Kilometern durchaus innerhalb der erlaubten Grenze.

Dennoch haben die USA am Freitag offiziell ihren Rückzug aus dem Abrüstungsabkommen INF angekündigt, der in sechs Monaten in Kraft treten soll. Als Reaktion darauf setzte auch Russland am Samstag seine Verpflichtungen aus. Nach Angaben der russischen Regierung haben sich die Vereinigten Staaten an das vor mehr als 30 Jahren geschlossene Abrüstungsabkommen bereits seit 1999 nicht mehr gehalten. ...

de.sputniknews.com: **Trump zu Truppenabzug aus Syrien und Afghanistan: Baldige Rückkehr möglich**

US-Präsident Donald Trump hat gegenüber dem Sender CBS gesagt, dass die USA nach dem Abzug ihrer Truppen aus Syrien und Afghanistan sie im Bedarfsfall wieder schnell dorthin schicken können.

„Wir werden (nach Syrien und Afghanistan – Anm. d. Red.) zurückkehren, wenn es nötig sein sollte. Wir haben sehr schnelle Flugzeuge, wir haben sehr gute Frachtjets. Wir können sehr bald zurückkehren“, so Trump.

Der US-Präsident teilte ferner mit, dass US-Aufklärungseinheiten auch nach dem Rückzug der amerikanischen Truppen in Afghanistan bleiben werden.

Er wolle außerdem notwendige Maßnahmen ergreifen, wenn sich in diesem Land neue Gruppierungen bilden sollten, sagte Trump. Er merkte zugleich an, die USA planen nicht, wie im vergangenen Jahr, 51 Milliarden Dollar bereitzustellen, was eine unglaublich hohe Summe sei.

Wie der US-Staatschef zuvor geäußert hatte, sei er bereit, die Truppen aus Afghanistan abzuziehen, wenn Friedensvereinbarungen zur Regelung in diesem Land erzielt werden sollten.